

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

Datum: 24. September 2019

Beginn: 19:00 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 21:20 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Zweiter Bürgermeister

Zöllner, Rainer

Dritter Bürgermeister

Salcher, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Burkhart, Michael

Eger, Christine

Ehm, Rosmarie

Färber, Sabrina

Hofschuster, Thomas

Hoiß, Günter

Keil, Max

Koch, Reinhold, Dr.

Leone, Jean-Marie

Malkmus, Stephan, Dr.

Matthes, Sigrun, Dr.

Olschowsky, Christian

Ostermeier, Maria

Ponn, Barbara

Sippel, Dorothea

Stadler, Christian

Stricker, Hans-Georg

Unglert, Theresa
von Hagen, Michaela
Weber, Petra
Wiesner, Marga
Winberger, Lydia
Wuschig, Wolfgang

Berufsmäßige Stadträte

Heitmeir, Harald
Tönjes, Jens

Schriftführer/in

Bock, Katharina

Verwaltung

Kulzinger, Martin

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Gigliotti, Gisella	-entschuldigt-
Kamleiter, Karin	-entschuldigt-
Pürkner, Erich	-entschuldigt-
Sengl, Manfred, Dr.	-entschuldigt-
Strobl-Viehhauser, Sonja	-entschuldigt-

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Aktuelle Viertelstunde	
TOP 3	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters	
TOP 4	Vereidigung von Stadtratsmitgliedern	
TOP 5	Digitalisierung an Schulen - Ausschreibung zur Medienausstattung an den Puchheimer Grundschulen und der Mittelschule	2019/0998
TOP 6	Beschaffung eines Mannschaftstransportwagens für die Freiwillige Feu- erwehr Puchheim-Bhf.	2019/0994
TOP 7	Herstellungsfiktion gemäß Art. 5 a Abs. 7 Satz 2 KAG Prioritätenliste Erschließungsanlagen Stadtgebiet	2019/0995
TOP 8	Haushaltsplanungen; Investitions- und Finanzplan	2019/1000
TOP 9	Konsolidierter Jahresabschluss 2017	2019/1002
TOP 10	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Die Stadträte Gigliotti, Dr.Sengl, Stobl-Viehauser und Pürkner seien entschuldigt, sonst seien alle Stadträte anwesend. Nachfolgend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Einwände gegen die Tagesordnung gab es nicht. Die öffentlichen Niederschriften der Stadtratssitzungen vom 25.06.2019 und 23.07.2019 wurden genehmigt.

TOP 2 Aktuelle Viertelstunde

Wortmeldungen aus der Bürgerschaft gab es keine.

TOP 3 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters

Der Vorsitzende informierte über die Wunschlisten der „Friday for Future“ - Bewegung in Puchheim. Die Schüler in Puchheim wünschten sich von der Stadt mehr öffentliche Mülleimer, mehr Fahrradständer an der Realschule, Unterstützung der Schule bei einem Mülltrennungskonzept, die Einführung eines Bike- und Carsharingkonzeptes, eine bessere Koordinierung zwischen S-Bahn und Bus, mehr Fahrradwege und Blumenwiesen, eine strikte Baumschutzverordnung, mehr Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden sowie die Reduzierung von Plastik. Weiter informierte er über das Abstimmungsgepräch mit der Bahn und dem Verkehrsministerium am 31.07.2019 zum barrierefreien Ausbau. Eine Machbarkeitsanalyse für vier Varianten sei verabredet worden. Nämlich der drei- oder viergleisige Ausbau sowie der Außenbahnsteig mit oder ohne Mittelbahnsteig. Er hoffe auf eine zügige Entscheidungsfindung, und dass eine entsprechende Ausarbeitung nicht den Ausbau verzögern werde.

TOP 4 Vereidigung von Stadratsmitgliedern

Der Vorsitzende vereidigte die neuen Stadratsmitglieder Dr. Stephan Malkmus und Christian Stadler.

TOP 5 Digitalisierung an Schulen - Ausschreibung zur Medienausstattung an den Puchheimer Grundschulen und der Mittelschule

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein. Er betonte die Wichtigkeit der Digitalisierung als Bildungsfortschritt, der Zugang zu mehr Wissen eröffnen werde und die Möglichkeit beinhalte den

Unterricht zu differenzieren und stärker auf die individuellen Bedürfnisse der Schüler einzugehen. Damit sei auch der Grundstein für zukünftige digitale Arbeitsplätze gelegt. Derzeit sei die Ausbildung der Lehrkräfte noch nicht auf dem aktuellen Stand, dies müsse nachgeholt werden. Die Gefahr den analogen Kontakt zu verlieren bestünde grundsätzlich auch. Das Kind mit seinen Fähigkeiten und Selbstwertkonzept müssten bei der Pädagogik weiter im Mittelpunkt stehen. Er begrüßte daher den Beschlussvorschlag. Stadträtin Färber hob als Schulreferentin die Wichtigkeit der digitalen Ausstattung der Schulen in einer zunehmend digitalen Welt hervor. Es sei erforderlich die Kinder hier entsprechend vorzubereiten. Die meisten Lehrer würden sich schulintern fortbilden. Einen Lehrplan über die ersten vier Jahre digitaler Vermittlungen an der Grundschule habe sie ausgelegt. Stadtrat Wuschig erwiderte, dass es für Grundschüler wichtiger sei Lesen, Rechnen und Schreiben richtig zu lernen, was viele Schüler heutzutage nicht mehr könnten. Der hohe Energieverbrauch, der durch die Digitalisierung entstehe, sei überdies bedenklich. Gegen eine digitale Ausstattung der Mittelschule spräche seiner Ansicht nach nichts. Er beantragte über die Grundschule und Mittelschule getrennt abzustimmen. Stadtrat Hofschuster erörterte, dass man abwägen müsse, ob die Digitalisierung tatsächlich zum Vorteil der Schüler gereiche. Im Wesentlichen hänge es davon ab, wie die Lehrer mit ihrer neuen Verantwortung umgingen. Die feinmotorischen Fähigkeiten der Kinder seien wesentlich ausgeprägter als die seinen, da diese mit der Digitalisierung bereits aufwüchsen. Stadträtin Ponn schloss sich ihren Vorrednern an, man habe Bedenken, dass die Lehrer nicht über die entsprechende digitale Ausbildung verfügten. Rechnen, Schreiben und Lesen könne man auch am Computer lernen. Stadtrat Burkhardt führte aus, dass man in der heutigen Zeit nicht um eine entsprechende Ausbildung der Kinder herumkomme. Er könne die Diskussion nicht nachvollziehen. Stadträtin Färber betonte, dass Lesen, Rechnen und Schreiben natürlich in der Ausbildung in der Grundschule im Vordergrund stünden. Sie stellte den Antrag falls der Antrag von Stadtrat Wuschig auf Getrenntabstimmung bejaht werde, über jede einzelne Position der Grundschule getrennt abzustimmen. Stadträtin Eger verwies auf den Sozialausschuss, bei dem sie bereits auf die Wichtigkeit der Grundfertigungen in der Grundschule hingewiesen habe. Stadträtin Kamleiter hinterfragte, ob man auch die Möglichkeit des Leasings der Medienausstattung geprüft habe. Der Vorsitzende antwortete, dass Leasing grundsätzlich auch gefördert werde, der Sozialausschuss habe sich für eine Anschaffung entschieden. Würde man diese Möglichkeit jetzt erwägen, würde dies zu einer erheblichen Zeitverzögerung kommen, was auch die Förderung in Frage stellen könnte. Herr Tönjes erwiderte, dass eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Positionen der Grundschule sehr schwierig sei, da es sich um ein Gesamtkonzept für die Schulen handele. Ein Hardwarekonzept sei mit langen Vertragslaufzeiten der Firmen verbunden, deswegen habe man sich gegen Leasing entschieden, welches bei kurzen Laufzeiten sicher vorteilhafter wäre. Stadtrat Hofschuster wies darauf hin, warum in der Ausschreibung ein bestimmter Hersteller genannt sei, welcher bereits wegen Datenschutzproblemen in der Presse war. Herr Tönjes betonte die produktneutrale Voraussetzung der Ausschreibung, bei der man sich für den Zusatz „oder vergleichbar“ entschieden habe. Apple habe ein anderes Betriebssystem, man müsse sich hier auf die Auswahl des Fachgremiums verlassen. Aufgrund einer gewissen Marktbeherrschung im Schulbereich sei man auf Apple angewiesen. Stadträtin von Hagen ergänzte, dass digitale Inhalte sehr interessant aufgearbeitet werden könnten und daher für Kinder oft ein Hilfsmittel seien und nicht das Schreiben von Hand er-

setzen. Kinder wüssten oft nicht, was man mit einem Computer tatsächlich alles machen könne. Schade sei es, dass viele Eltern und Kinder nicht sorgsam mit der Datenverbreitung auf sozialen Netzwerken umgingen. Umso wichtiger sei es, dass den Kindern auch hier ein entsprechender Umgang pädagogisch vermittelt würde.

Beschluss

Über die Beauftragung der Verwaltung mit der Durchführung der Ausschreibung der Medienausstattung an den Puchheimer Grundschulen und der Mittelschule auf Grundlage des vorläufigen Leistungsverzeichnisses wird getrennt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Ja 5 Nein 22 Anwesend 27 Befangen 0

Beschluss

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Ausschreibung der Medienausstattung an den Puchheimer Grundschulen und der Mittelschule auf Grundlage des vorläufigen Leistungsverzeichnisses mit voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von € 330.000,- unter Einbeziehung der Förderprogramme "BAYERN DIGITAL II" und "DigitalPakt Schule 2019-2024".

Abstimmungsergebnis: Ja 25 Nein 2 Anwesend 27 Befangen 0

TOP 6 Beschaffung eines Mannschaftstransportwagens für die Freiwillige Feuerwehr Puchheim-Bhf.

Der Vorsitzende übergab das Wort an Herrn Delbing, den stellvertretenden Feuerwehrkommandanten Puchheim Bahnhof. Er erläuterte die Wichtigkeit des Mannschaftstransportwagens, der vor allem für den Ausbildungsdienst, den Transport und die Logistik unabdingbar sei. Stadtrat Burkhardt schloss sich als Feuerwehrreferent der Beschlussvorlage und den Erläuterungen von Herrn Delbing an und bat um Zustimmung.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt die Beschaffung eines Mannschaftstransportwagens für die Freiwillige Feuerwehr Puchheim-Bahnhof.

Der Auftrag soll an folgende Bieter vergeben werden:

Los 1 – Fahrgestell: Mercedes-Benz Vertrieb NFZ in Augsburg (für Daimler AG)

Los 2 – Aus- und Aufbau: Wilhelm Barth GmbH & CoKG Feuerwehrtechnik

Los 3 – feuerwehrtechnische Beladung: Krümpelmann GmbH - Feuerschutzgeräte

Abstimmungsergebnis: Ja 27 Nein 0 Anwesend 27 Befangen 0

TOP 7 Herstellungsfiktion gemäß Art. 5 a Abs. 7 Satz 2 KAG Prioritätenliste Erschließungsanlagen Stadtgebiet

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein. Herr Tönjes wies darauf hin, dass die Stadträte mit betroffenen Grundeigentum nicht an der Beratung und Abstimmung teilnehmen dürften. Stadträtin Winberger und Stadträtin Eger meldeten sich hieraufhin und enthielten sich weitere Mitwirkung. Stadtrat Stricker führte als Verkehrsreferent aus, dass es zwar gerecht gewesen wäre, wenn alle Straßen ausgebaut werden würden, im Ganzen sei der Beschlussvorlage jedoch zuzustimmen. Stadtrat Koch erkundigte sich nach der Blumenstraße im zweiten Abschnitt, da diese nicht auftauche. Herr Heitmeir erläuterte, dass diese im Straßenverzeichnis als Tabelle aufgeführt sei, in der Spalte Herstellung nach aktueller Rechtsprechung. Diese erleichtere es Straßenherstellung festzustellen. Für Straßen die generell nicht erstmalig hergestellt werden und worden sind gelte weiter das Straßenerschließungsbeitragsrecht. Stadtrat Hoiß ergänzte, dass die Auflistung unvollständig sei und er irritiert sei welche Straßen nicht hergestellt seien, sondern nur als hergestellt gelten. Birkenstraße und Bürgermeister-Ertl-Straße seien durch die Anwohner vor vielen Jahren nahezu vollständig finanziert, hergestellt bzw. ausgebaut worden. Dass beide Straßen den gleichen Status wie der Johannisweg bekämen, sei nicht nachvollziehbar und könne nicht korrekt sein. Herr Heitmeir antwortete, dass man Straßen nicht auf-führen könne, die noch nicht hergestellt worden seien. Der Johannisweg sei ein Streitpunkt gewesen, die Rechtsprechung habe die Entscheidungen nun aber erleichtert, wonach bestimmte Straßen nun als hergestellt gelten. Man möge es ihm als Kämmerer nachsehen, dass die Abschaffung der Erschließungsbeiträge für die Kämmerei ungünstig sei. Dennoch müsse er sich an die Herstellungsfunktionen der Rechtsprechung halten, wenn keine entsprechenden Unterlagen für die Straßen auffindbar seien. Stadträtin Eger bat um namentliche Abstimmung. Herr Tönjes wies darauf hin, dass jedes Stadratsmitglied nur für sich selbst verlangen könne, namentlich mit dem Abstimmungsverhalten in der Niederschrift genannt zu werden.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und beschließt, bis zum 31.03.2021 keine Straßen mehr entsprechend den technischen und nichttechnischen Voraussetzungen für die Erhebung eines Erschließungsbeitrags endgültig herzustellen, da dies bis zum Ablauf der Frist für die erstmalige Herstellung zeitlich nicht möglich und weder wirtschaftlich sinnvoll noch vertretbar ist.

Abstimmungsergebnis: Ja 25 Nein 0 Anwesend 27 Befangen 2

TOP 8 Haushaltsplanungen; Investitions- und Finanzplan

Herr Heitmeir erläuterte die Haushaltsplanung und den Auftrag der Finanzverwaltung einen Investitions- und Finanzplan für die derzeit bekannten Investitionen über den aktuellen Finanzplanungszeitraum bis ins Jahr 2027 zu erstellen. Wenn man alle Aufträge an die Verwaltung bis 2024 vollständig abarbeiten würde, müsste man in diesem Zeitraum 61 Millionen Euro als Darlehen aufnehmen. In der Vorlage habe man versucht die Investitionen zu gruppieren. Aus den ersten groben Additionen der Planungen sei abzuleiten, dass die Bauinvestitionen den größten Teil der Planungen ausmachten. Im zweiten Teil des Plans seien die beweglichen Gegenstände genannt, auch die Beteiligungen seien teilweise kostenintensiv. Um eine vernünftige Prognose abgeben zu können müsse man auch die bisherigen Investitionen betrachten, hier sei die Stadt Puchheim mit einem jährlichen Bauinvestitionsvolumen in Höhe von rund 10 Mio. € ausgekommen. Stadtrat Hofschuster begrüßte den Plan als roten Faden für zukünftige Beschlüsse, der es erleichtere sich nicht mit zu vielen Projekten zu verzetteln. Er müsse zukünftig mit Prioritätensetzung weiter ausgeführt und verfeinert werden. Globale Veränderungen könnten sich zukünftig anders auf den Haushalt, die allgemeine Kostenplanung und die Projekte auswirken. Die obligatorische Finanzplanung habe nicht einen so guten Überblick über zukünftige Investitionen leisten können. Stadtrat Leone betonte die Pflichtaufgaben der Stadt, die sich in letzter Zeit wie beispielsweise bei der Gewährleistung des Brandschutzes im Investitionsvolumen erhöht hätten. Man müsse hier immer zukunftssträchtig planen und man solle hier nicht an der falschen Stelle sparen. Mit einer Pflichtaufgabenerfüllung habe man aber noch nicht viel gestaltet, sondern nur den status quo erhalten. In Zukunft käme man nicht darum herum Kredite für die geplanten Projekte aufzunehmen, die Zinsen seien derzeit sehr günstig, so dass man hier gut investieren könne. Dennoch könne es sein, dass bestimmte zusätzliche Projekte dann erstmal zurückgestellt werden müssten. Stadträtin Ponn hinterfragte die vorgelegten Zahlen, diese seien ihrer Meinung nach sehr grob geschätzt. Den Brandschutz in Höhe von insgesamt 21 Millionen Euro könne sie ebenfalls nicht nachvollziehen. Auf der letzten Folie bat sie um Erklärung für das Kästchen „13 Millionen Euro“. Herr Heitmeir erläuterte, dass derzeit keine besseren Zahlen zu Verfügung stünden. Das Kästchen habe er vergessen zu löschen, es bezöge sich auf den Schnitt des bisherigen Bauvolumens der letzten fünf Jahre. Die hohen Brandschutzkosten für die Mittelschule seien vom Bauamt ermittelt worden. Der Vorsitzende ergänzte, dass diese 2019 durch ein Gutachten festgestellt worden seien, im Ausschuss würden sie näher erläutert werden und befänden sich eher am unteren Ende. Stadträtin Kamleiter hob die Wichtigkeit der neuen Übersicht hervor, auch wenn die Zahlen noch sehr grob seien. Es sei ein gutes Grundgerüst mit dem man arbeiten könnte. Sie erkundigte sich ob die Schule in Puchheim Ort auch schon aufgeführt sei, was der Vorsitzende bejahte. Interessant fand sie, dass das JUZ mit 4,2 Millionen zur Buche schlage. Die zukünftigen Investitionen seien sicher nicht ohne Fremdkapital zu

stemmen. Weiter wollte sie wissen, ob bezüglich der Beteiligungen noch eine weitere Aufstellungsübersicht existiere. Der Vorsitzende antwortet man habe diese nur zu Eigenkapitalzuführungen und zu den Immobilien. Stadträtin Winberger stellte die Bedeutung einer Prioritätenliste hervor, auf der alle geplanten Bauinvestitionen mit Gesamtvolumen geführt werden. Damit könne der Stadtrat schnell und einfach besser planen und die richtigen Entscheidungen treffen. Stadtrat Dr. Koch äußerte sich bestürzt über die Kosten der Mittelschule, die erst vor einigen Jahren renoviert worden sei. Der Vorsitzende bat darum, die Beschlussvorlage diesbezüglich abzuwarten. Stadtrat Burkhardt stimmte Stadträtin Winberger zu, die Prioritätenliste müsste aber auch bezüglich zeitlich Dringendem geführt werden. Stadtrat Hofschuster führte aus, dass eine Prioritätenliste die originäre Aufgabe des Stadtrats als Ausdruck seiner Gestaltungsmöglichkeiten wäre. In einem geordneten Plan müsse entschieden werden wie zukünftig verfahren werde, oder wie und wann Darlehen aufzunehmen seien. Hierzu müsste obligatorisch über die fünfjährige Haushaltsplanung hinausgeschaut werden und Prioritäten bewusst gesetzt werden. Auch Pflichtaufgaben könnten überobligatorisch erfüllt werden. Die Verfeinerung der einzelnen Projekte sei Aufgabe der einzelnen Ausschüsse. Den Vorsitzenden überraschte die Gelassenheit über das vorgelegte Investitionsvolumen von 135 Millionen Euro, er hinterfragte ob dieses genehmigungsfähig sei. Die Option diese zu gestalten sei mit dem vorgelegten Zahlenwerk gleich null. Trotzdem sei er optimistisch, da die praktische Erfahrung sei die Pflichtaufgaben leisten zu können. Die Einnahmenseite, die sich hier auch abbilde, sei gefährdet, da mit einer Rezession zu rechnen sei. Die Finanzierungsstärke der Stadt sei gegeben, und man habe einen Risikopuffer. Er forderte eine vernünftige Stadtpolitik ein, um eine geradlinige Infrastruktur aufzustellen. Die Liste könne sich jeder selbst vage zusammenschreiben, da die längerfristigen Projekte und Bauvorhaben bekannt seien. Die Konsequenz sei nicht über und auch nicht unter den Verhältnissen zu leben. Angesichts der finanziellen Gesamtsituation müsse man aber warnen. Man könne nicht unendlich Darlehen aufnehmen, um alle Wünsche zu erfüllen. Ebenso könne aber auch nicht auf Kosten zukünftiger Generationen Projekte aufgeschoben werden, um Kosten zu sparen. Der Investitionsplan sei ein nützlicher roter Faden überlegt Entscheidungen zu treffen. Es sei nicht Aufgabe der Verwaltung die Prioritätenliste zu verfeinern. Förderungen gereiften nur bei Pflichtaufgaben und nicht bei Gestaltungsaufgaben. Mit dem neuen Stadtrat könne man sechs Jahre vorab Entscheidungen zu Prioritäten treffen. Stadträtin Unglert fragte, wie sich die Zahlen zu den liquiden Mitteln in Höhe von 21 Millionen ergeben würden. Herr Heitmeir erklärte dies sei wie in der Haushaltplanung eine Prognose und Abweichung zwischen Planung und Prognose. Stadtrat Hoiß ergänzte, dass die Zahlen sehr grob sein und bezüglich der Stadtmitte unglaubwürdig. Manche Zahlen wie z.B. zum Kunstrassenplatz seien bisher nicht bekannt gewesen. Überrascht habe ihn, dass die Stiefelwaschanlage 46.000 Euro kostete. Nicht geplante Kosten seien rausgenommen worden. Bei den Immobilienwerten seien ebenfalls auch einige Werte nicht beachtet. Der Vorsitzende betonte er sei gespannt wie mit dem Investitionsplan jetzt umgegangen werde, man könne für die Stadtmitte auch ein Investitionsvolumen für 60 oder 80 Millionen ansetzen. Dies sei vom Stadtrat zu entscheiden. Stadtrat Leone betonte, er habe keine Bewertung zu der Liste abgegeben, sondern die Aufgaben des Stadtrats diese zu gestalten hervorgehoben. Herr Heitmeir gab die Einschätzung ab, dass Kredite an sich nichts Böses seien. Eine Finanzierung über ein Darlehen hieße bei der alten Zinssituation eine Verdoppelung der Investition. Man könne sich auf die Pflichtauf-

gaben als Verwaltung konzentrieren, der Rest wäre Aufgabe des Stadtrates. Man habe das Gestaltungsrecht schöner oder luxuriöser zu bauen, den Altbestand zu sanieren oder neu zu bauen. Das Problem der Kämmerei sei, das Vorsichherschieben des Berges an immer größer werdenden Haushaltsresten, die nicht abgearbeitet werden konnten. Hier müsste der Stadtrat Entscheidungen treffen, ob diese Haushaltreste weiter eingesetzt werden wie ursprünglich geplant. Eine Haushaltsplanung solle das beinhalten was auch tatsächlich durchgeführt werden kann.

Herr Tönjes wies am Rande der Diskussion auf die Vorlagennummer 1000 hin. Hinter 1000 Vrlagen stehe eine enorme ehrenamtliche Arbeit. Stadtrat Hoiß erkundigte sich, ob mit Zustimmung zum Beschluss auch die Zahlen anerkannt werden würden, was vom Vorsitzenden verneint wurde. Es handle sich um einen Beschluss zur Kenntnisnahme.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt die der Beschlussvorlage anliegenden Planungsgrundlagen zur Kenntnis und beschließt, dass diese, mit den in der Diskussion ergänzten Punkten, weiter ausgearbeitet und als Planungsgrundlage für die Beschlüsse des Finanz- und Wirtschaftsausschusses sowie des Stadtrates verwendet wird. In den folgenden Sitzungen werden die Gremien dann auch eine entsprechende Priorisierung festlegen.

Abstimmungsergebnis: Ja 27 Nein 0 Anwesend 27 Befangen 0

TOP 9 Konsolidierter Jahresabschluss 2017

Stadtrat Wuschig begrüßte es, dass der Jahresabschluss 2017 für die Stadt Puchheim zeitnah erstellt wurde. Sodann fasste der Stadtrat ohne Diskussion folgenden

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den konsolidierten Jahresabschluss 2017 mit dem darin enthaltenen Beteiligungsbericht zur Kenntnis und beauftragt den Rechnungsprüfungsausschuss mit der Prüfung des gesamten Jahresabschlusses 2017.

Abstimmungsergebnis: Ja 27 Nein 0 Anwesend 27 Befangen 0

TOP 10 Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende gab verschiedene Termine bekannt und übergab das Wort an anwesende Bürger aus der Moorlängsiedlung, die darum baten in der Fahrradstraße das Verbot des Autoverkehrs zu überprüfen. Stadträtin Ponn bat darum bei der WEP nachzufragen, ob auch Puchheimer Firmen beschäftigt werden könnten bzw. zumindest Angebote von diesen einzuholen. Der Vorsitzende begrüßte diesen Ansatz und wies darauf hin, dass z.B. in Puchheim kein Holzbau betrieben werde. Architekt und Geschäftsführer müssten hier einen reibungslosen Konstruktionsprozess gewährleisten. Stadtrat Dr. Koch erkundigte sich, ob der von der Bahn für die Roggenstein Straße geplante Ausbau mit Regelquerschnitt 10,5 wie für Bundesstraßen üblich wirklich angerechnet werden sollte, da so kein Radweg Platz hätte. Zudem wollte er wissen, wie sich Eichenau dazu verhalte. Weiter führte er an, dass eine Liste für die momentanen Straßensanierungsarbeiten wünschenswert wäre, die Auskunft über die einzelnen Sanierungen gebe. Ebenso müsste die Buchenstraße noch als Fahrradstraße etabliert werden. Der Vorsitzende antwortete, dass der Regelquerschnitt vom Ausschuss als unsinnig definiert wurde mit Eichenau habe man hierüber aber noch nicht gesprochen. Die Liste über die Sanierungsmaßnahmen mache Sinn, die Lochhauser Straße habe sich verzögert, da die ursprüngliche Grundasphaltschicht nicht ausreichend war und hier nachgebessert werden müsste. Bezüglich der Buchenstraße merkte er an, dass dies möglicherweise an den fehlenden Schildern liegen könnte, die von der zuständigen Firma noch nicht geliefert worden konnten. Stadtrat Hoiß knüpfte bezüglich der Fahrradstraßen an, dass hier an der Alten Bahnhofstraße ein Zusatzschild Fußgänger frei angebracht sei. Ebenso reklamierte er die Wasserversorgung des Friedhofs, von der die hinteren Gräber aufgrund der Baustelle an der Kennedystraße abgeschnitten seien. Der Vorsitzende sicherte zu dem nachzugehen. Stadtrat Hofschuster wies darauf hin, dass am Friedhof Schopflach das Wasser zu lange laufen würde. Mehrere Parksituationen habe er mit der Stadtverwaltung persönlich klären können, das Ordnungsamt sei hier sehr bemüht. Er bat darum die Regelungen zu den Fahrradstraßen und die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen in den Stadtrat einzubringen, um deren Wirkung feststellen zu können. Der Bundesstraßenregelquerschnitt für die Roggenstein Straße erschwere es auch, die Straße in einen verkehrsberuhigten Bereich zu überführen. Man wolle durch den Regeldurchschnitt auch keinen überörtlichen Verkehr anziehen.

Der Vorsitzende beendete die Sitzung des Stadtrates um 21:20 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl

Katharina Bock

Erster Bürgermeister

